

Stadt Burg Stargard

Niederschrift

Sitzung der Stadtvertretung der Stadt Burg Stargard

Sitzungstermin: Mittwoch, 01.06.2022
Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr
Sitzungsende: 21:17 Uhr
Ort, Raum: Feuerwehrgerätehaus, Marner Straße 106, 17094 Burg Stargard

Anwesend

Vorsitz

Thomas Kasan

Mitglieder

Carolin Düsing
Stefan Philipp
Karsten Weber
Dennis Grunewald
Steffen Mietzner
Sven Groneberg
Ulf Gohrs
Horst Menzel
Maik Michalek
Daniel Schmerse
Dieter Lips
Katja Sievert
Andreas Rösler
Manfred Holey

Verwaltung

Christian Walter
Tilo Lorenz
Marion Franke
Tilo Granzow
Jana Linscheidt

Schriftführer

Janett Segeth

Abwesend

Mitglieder
Wolfhard Pilke

entschuldigt

Gäste:

Presse Nordkurier - Herr Prahle
Einwohner

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Begrüßung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung
- 3 Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Änderungsanträge zur Tagesordnung
- 6 Billigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der vorangegangenen Sitzung am 06.04.2022
- 7 Bericht des Bürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses, der Stadtvertretung und wichtige Angelegenheiten der Stadt
- 8 Anfragen zum Bericht des Bürgermeisters
- 9 Beschlussvorlagen
 - 9.1 Jahresabschluss der Wohnungswirtschaftsgesellschaft mbH Burg Stargard - Geschäftsjahr 2020 - 00SV/22/022
 - 9.2 Wirtschaftsplan 2022 der Wohnungswirtschaftsgesellschaft mbH Burg Stargard 00SV/22/034
 - 9.3 Städtebaulicher Vertrag zur Aufstellung des B-Planes Nr. 26 "Solarpark Bargensdorf" der Stadt Burg Stargard 00SV/22/027
 - 9.4 Bebauungsplan Nr. 26 "Solarpark Bargensdorf" der Stadt Burg Stargard - Abwägung Vorentwurf 00SV/22/028
 - 9.5 Bebauungsplan Nr. 26 "Solarpark Bargensdorf" der Stadt Burg Stargard - Entwurfs- und Auslegungsbeschluss / Entwurf 00SV/22/029
 - 9.6 Bebauungsplan Nr. 24 "Alte Gärtnerei" der Stadt Burg Stargard - Abwägung erneuter Entwurf 00SV/22/030
 - 9.7 Bebauungsplan Nr. 24 "Alte Gärtnerei" - Satzungsbeschluss 00SV/22/031
 - 9.8 Ladesäulen für E-Autos in Burg Stargard gefördert ermöglichen!
Antrag der AfD-Fraktion Stargard 00SV/21/047

- | | | |
|------|--|-------------|
| 9.9 | Änderung der Geschäftsordnung: Mitsprache der Stadtvertretervorsteherstellvertreter bei der Erstellung der Tagesordnung der Stadtvertretersitzungen
<i>Antrag der AfD-Fraktion Stargard</i> | 00SV/22/044 |
| 9.10 | Errichtung von E-Ladesäulen am Markt sowie auf der Burganlage
<i>Antrag der CDU-Fraktion inkl. Änderungsantrag der AfD-Fraktion (Anlage)</i> | 00SV/22/026 |
| 9.11 | Mensabau prüfen!
<i>Antrag der AfD-Fraktion Stargard</i> | 00SV/22/041 |
| 9.12 | Stadtgestaltung: Missbilligung von Handlungsweisen, Prioritätensetzung, Laufband wo es notwendig ist und Einbeziehung der Stadtvertreter
<i>Antrag der AfD-Fraktion Stargard</i> | 00SV/22/042 |
| 9.13 | Touristisches Flugblatt für Burg Stargard neugestalten!
<i>Antrag der AfD-Fraktion Stargard</i> | 00SV/22/043 |
| 9.14 | Hortneubau mit Priorität behandeln und voranbringen
<i>Antrag der Fraktion Stargard 2030</i> | 00SV/22/037 |
| 10 | Sonstige Anfragen oder Informationen | |

Nichtöffentlicher Teil

- | | | |
|----|--|--|
| 11 | Billigung der Niederschrift des nichtöffentlichen Teils der Sitzung vom 06.04.2022 | |
| 12 | Beschlussvorlagen | |
| 13 | Sonstiges | |
| 14 | Schließung der Sitzung | |

Protokoll

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung und Begrüßung

Herr Kasan eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung

Die ordnungsgemäße Einladung wird festgestellt.

3 Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit

Mit 15 Mitgliedern ist die Stadtvertretung beschlussfähig.

4 Einwohnerfragestunde

Keine Fragen von Einwohnern

5 Änderungsanträge zur Tagesordnung

Keine Änderungsanträge zur Tagesordnung

Abstimmungsergebnis über vorliegende Tagesordnung:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
15	0	0

6 Billigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der vorangegangenen Sitzung am 06.04.2022

Die Niederschrift des öffentlichen Teils wird gebilligt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
------------	--------------	--------------

14	0	1
----	---	---

7 Bericht des Bürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses, der Stadtvertretung und wichtige Angelegenheiten der Stadt

Herr Lorenz berichtet über folgende Beschlüsse aus der Stadtvertreterversammlung vom 06.04.2022:

1. Grundsatzbeschluss Sicherung Krummes Haus 00SV/22/020: Über einen Änderungsantrag der Fraktion Stargard 2030 wurde beschlossen vorerst keine weiteren Planungsmittel einzusetzen. Der Termin mit der Landesdenkmalbehörde habe stattgefunden. Auf Vorschlag dieser können bis Ende Oktober Anträge auf Fördermittel von Bund und Land gestellt werden. Die Auszahlung dieser solle dann in Jahresscheiben erfolgen. Bei ca. 2.4 Mio avisierten Kosten wären es abzüglich der Fördermittel dann ca. 200.000 Euro pro Jahr Eigenmittel. Bzgl. neuer Planungsmittel würde von der Verwaltung eine neue Beschlussvorlage der Stadtvertretung vorgelegt. Der Hinweis von Stadtvertreter Michalek zur Errichtung eines Daches wurde aufgenommen. Die Kostenschätzung für diese Lösung liege bei ca. 120.000 Euro, Haltbarkeit ca. 10 Jahre oder mehr.
Herr Lorenz bittet die Fraktionen sich über die Lösungsmöglichkeiten eine Meinung zu bilden bis zur nächsten Sitzungsrunde.
2. Bestätigung des Einzelhandelskonzeptes für die Stadt Burg Stargard 00SV/22/006
3. Widmung des Hotels Bornmühle als externen Trauungsort 00SV/22/015: Die geänderte Vereinbarung (mit Entwidmung Heidehof) sei an den Betreiber übergeben worden. Es erfolgte noch keine Rückmeldung.
4. Grundstücksverkauf Sabeler Weg 00SV/22/012: Die dazu eingegangene Beschwerde bei der Kommunalaufsicht wurde von dieser zurückgewiesen. Der Beschluss werde von der Verwaltung umgesetzt.
5. Beitrittsbeschluss vorhabenbezogener B-Plan Nr. 21 "Birkenallee Cammin" der Stadt Burg Stargard 00SV/22/003
6. Aufstellungsbeschluss 8. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 2 "Sannbruch" 00SV/22/005: Die Bekanntmachung sei erfolgt.
und
8. Änderung B-Plan Nr. 2 "Sannbruch" Entwurfs- und Auslegungsbeschluss 00SV/22/007: Zur Zeit erfolge die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange.
7. Grundsatzbeschluss Schaffung Baurecht Grundstücke Lindenhof 00SV/22/008: Derzeit erfolge die Angebotseinholung für Planungsleistungen – bisher keine Rückmeldung. Sobald Kosten vorliegen erfolge ein städtebaulicher Vertrag.
8. Ausbau eines ländlichen Weges zwischen Gramelow und Cammin, hier: Grundsatzbeschluss zur Einleitung v. Planungs- und Fördermittelverfahren 00SV/22/019: Die Bearbeitung sei hier noch offen.
9. Abgelehnte Vorlagen:
Durchführung von digitalen Sitzungen und Ausschüssen der Stadtvertretung der Stadt Burg Stargard zur Umsetzung einer Teilhabe aller gewählten Stadtvertreter vor dem Hintergrund der Gefahren und Besonderheiten im Rahmen der SARS-CoV-Pandemie 00SV/22/025
Und
Zusammenstellung kommunaler Pachtgrundstücke nebst Pächterträgen sowie Anpassung bzw. Regulierung der vertraglichen Grundlagen bei Unregelmäßigkeiten 00SV/22/024

Herr Lorenz berichtet über folgende Beschlüsse aus dem Hauptausschuss vom 17.05.2022:

10. Projektkostenzuschuss zur Schaffung einer Verkaufsgalerie unter künstlerisch-kulturellem Aspekt in Burg Stargard 00SV/22/033-1: Der Verein hat dem Besprochenen aus dem Hauptausschuss zugestimmt. Eine entsprechende Vereinbarung wäre in Arbeit.
11. Erhöhung des Zuschusses für die Jugendarbeit in Burg Stargard 00SV/22/035
12. Anfrage Bebauung und Grundstückserwerb Carl-Stolte-Straße/Gartenanlage 00SV/22/040: Die Empfehlung des Hauptausschusses war hier keine Bebauung und Veräußerung zuzulassen.
13. Grundstücksverkauf Papiermühlenweg 00SV/21/019-1
14. Grundstücksangelegenheit - Erbrechtsvertrag Horteinrichtung 00SV/22/036: Die Angelegenheit wurde im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Soziales diskutiert und im Hauptausschuss beschlossen. Der TWSD wurde entsprechend informiert.

Herr Lorenz berichtet zu folgenden Themen:

15. Digitalisierung Schulen: Die Installation der Kanäle und Daten- bzw. Steckdosen seien bis auf die „Tafelwand“ so gut wie abgeschlossen. Der Bauablaufplan für die Installation der Tafeln stehe grundsätzlich, sei aber von der pünktlichen Lieferung der Tafeln abhängig. Die Umrüstung solle nach Plan in den Kalenderwochen 26-29 (ab 27. Juni) vollzogen werden. Sollte es zu Lieferschwierigkeiten der digitalen Tafeln kommen, dann werde die Umrüstung der Tafeln verschoben (Herbstferien). Es gebe jedoch noch keine offizielle Verzögerungsmeldung von Seiten des Lieferanten.
16. Neubau Mensa: Die Fachplaner seien ausgeschrieben worden und beauftragt. Am 12.05.2022 fand die erste Abstimmungsrunde mit den Firmen und dem Planer Herrn Schulz von der architekturfabrik-nb statt. Derzeit würden von den Fachplanern die Unterlagen erarbeitet und soweit möglich auch mit zuständigen Stellen (z.B. Hygiene) abgestimmt, um einen Bauantrag stellen zu können.
17. Sanierung des Daches der Aula: Für die Sanierung des Aula-Daches der Regionalen Schule gebe es bis zum jetzigen Zeitpunkt noch keine schriftliche Förderzusage, allerdings bereits eine telefonische Zusage. Aktuell werde von Gesamtkosten von ca. 336 T€ ausgegangen. Beantragt ist eine (Netto-)Förderung in Höhe von ca. 245 T€.
18. Ausbau Mühlenstraße: Die Verkehrsfreigabe erfolgte am 31.05.2022. Es würden noch Restarbeiten, wie zum Beispiel die Parkflächen im Bereich der S-Kurve, bearbeitet. Für die Befestigung der wilden Parkflächen auf öffentlichen Grundstücken an der Straße Am Berge sowie an der Neuen Straße würden derzeit die Leistungsverzeichnisse erstellt. Sollte die vor Ort tätige Baufirma die Leistung auf Basis des aktuellen Angebotes/Auftrages erbringen können, solle dies über eine Nachtragsvereinbarung geregelt werden.
19. Bürgerhaus Marktstraße 5/7: Die archäologischen Arbeiten seien am 29.04.2022 beendet worden. Die Ausschreibung der Planungsleistungen für die Objektplanung LP 5 bis 9 und die Technische Ausrüstung Elektro + Heizung-Lüftung-Sanitär LP 5 bis 8 seien erfolgt und in Auftrag gegeben. Der Auftrag für die Objektplanung ist an die Firma Bernhardt + Bergemann und Beckmann Partner mbB aus 17033 Neubrandenburg gegangen. Der Auftrag für die Technische Ausrüstung Elektro + Heizung-Lüftung-Sanitär ist an die Firma techplan UG in 17033 Neubrandenburg gegangen.
20. Sanierung der Sporthalle: Für die Fassadenerneuerung der Zweifeldsporthalle gebe es bis zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Förderzusage. Es sei auf Grundlage einer Kostenschätzung einer älteren Vorplanung ein Förderantrag

gestellt worden. Bei ursprünglich geschätzten Kosten von ca. 270 T€, würde die Förderung allerdings lediglich bei ca. 70 T€ liegen. Hinsichtlich der Schäden an der Hallenkonstruktion, würde derzeit durch die Firma B7 Ingenieure GmbH Herr Opp ein Leistungsverzeichnis bzw. Sanierungskonzept erstellt um im Anschluss die Maßnahme direkt ausschreiben zu können.

21. Sturmschäden Friedhof: Die Kapelle wurde durch den Sturm im Februar beschädigt. Die Firma BDP Prenzlau GmbH sei für die Reparatur in Höhe von 12.178,32 € beauftragt worden. Die Arbeiten seien bereits beendet.
22. Energetische Sanierung der Straßenbeleuchtung: Die Ausschreibung und die Submission für die energetische Sanierung der Straßenbeleuchtung im Sannbruch und Fichtenweg sei durchgeführt worden. Den Auftrag hierfür bekam die Firma Elektro Dallmann. Die Leuchten seien bereits bestellt. Laut Hersteller gebe es keine Lieferschwierigkeiten. Die gesamte Maßnahme solle spätestens am 31.10.2022 beendet sein.

8 Anfragen zum Bericht des Bürgermeisters

Herr Michalek

(Zu 21.) fragt nach, ob die Versicherung die Kosten erstattet habe.

Antwort: ja

(Zu 19.) bittet den archäologischen Bericht zu veröffentlichen.

(Zu 1.) präferiert die Lösung mit dem Dach, da kostengünstiger und schneller. Er bittet hierzu eine Beschlussvorlage einzubringen.

Herr Rösler kritisiert, dass der Bericht des Bürgermeisters nur 7h vor Sitzungsbeginn den Stadtvertretern vorlag. Ihm fehle in dem Bericht eine Aussage zur Beschlussvorlage 00SV/21/078 Prioritätenliste. Er stellt in Frage, ob dieser Beschluss umgesetzt würde.

Herr Lorenz stellt klar, dass er nur zu Beschlüssen aus der letzten Stadtvertreterversammlung und zum letzten Hauptausschuss berichtet habe. Die Beschlussvorlage 00SV/21/078 sei vom letzten Jahr.

Herr Rösler (zu 1.) fragt nach einem genauen Ablauf der Sanierungsarbeiten am Krummen Haus und stellt in Frage, dass eine Sicherung in Jahresabschnitten erfolgreich wäre. Er fordert einen Sonderausschuss zum Krummen Haus.

Herr Mietzner weist darauf hin, dass der Vorschlag der Sicherung in Jahresabschnitten von der Denkmalbehörde kam, nicht vom Bürgermeister.

Fau Sievert (zu 17.) fragt nach dem groben Zeitplan für die geplanten Baumaßnahmen.

Herr Lorenz antwortet, dass diese für nächstes Jahr geplant seien, im Winter würde ausgeschrieben, Bauzeit wäre 6-8 Wochen

9 Beschlussvorlagen

9.1 Jahresabschluss der Wohnungswirtschaftsgesellschaft

00SV/22/022

mbH Burg Stargard
- Geschäftsjahr 2020 -

Beschluss:

Im Zusammenhang mit dem Jahresabschluss der Wohnungswirtschaftsgesellschaft mbH Burg Stargard bevollmächtigt die Stadtvertretung den Bürgermeister in der Gesellschafterversammlung folgendes beschließen zu lassen:

1. Der Jahresabschluss zum 31.12.2020 und der Lagebericht der Geschäftsführung werden festgestellt.
2. Der Bilanzgewinn in Höhe von 185.759,67 € wird in andere Gewinnrücklagen eingestellt.
3. Dem Geschäftsführer Uwe Mattis wird für das Geschäftsjahr 2020 uneingeschränkte Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
15	0	0

9.2 Wirtschaftsplan 2022 der Wohnungswirtschaftsgesellschaft mbH Burg Stargard

00SV/22/034

Herr Rösler kritisiert, dass die Wohnungswirtschaftsgesellschaft mbH über Jahre keine Mietanpassungen vorgenommen hätte. Er empfiehlt dem Aufsichtsrat dies in der nächsten Sitzung zu beschließen und beantragt, dass dieser sich mit den Problemen in der Sitzung beschäftige.

Betreff:

Die Stadtvertretung nimmt den Beteiligungsbericht 2019 der Stadt Burg Stargard zur Kenntnis.

9.3 Städtebaulicher Vertrag zur Aufstellung des B-Planes

00SV/22/027

Nr. 26 "Solarpark Bargensdorf" der Stadt Burg Stargard

Beschluss:

Die Stadtvertretung Burg Stargard hebt den damaligen Beschluss vom 26.05.2021 mit der Beschlussnummer 00SV/20/067-1 auf und beauftragt den Bürgermeister einen geänderten Städtebaulichen Vertrag zur Durchführung der Bauleitplanung Nr. 26 „Solarpark Bargensdorf“ abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
15	0	0

9.4 Bebauungsplan Nr. 26 "Solarpark Bargensdorf" der Stadt Burg Stargard - Abwägung Vorentwurf

00SV/22/028

Beschluss:

Die Stadtvertretung der Stadt Burg Stargard beschließt die in der Anlage beigefügte Abwägungsdokumentation des Vorentwurfs für den Bebauungsplan Nr. 26 „Solarpark Bargensdorf“ der Stadt Burg Stargard.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
15	0	0

9.5 Bebauungsplan Nr. 26 "Solarpark Bargensdorf" der Stadt Burg Stargard - Entwurfs- und Auslegungsbeschluss / Entwurf

00SV/22/029

Herr Rösler fragt nach der Zuwendung von 0,2ct/kwh für die Stadt.

Herr Granzow antwortet, dass eine formelle Regelung nicht gehe, jedoch über eine Absichtserklärung eine Zusicherung steht.

Beschluss:

Auf der Grundlage des § 2 Abs. 2, § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) sowie des § 22 Abs. 3 Nr. 1 der Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) wird durch die Stadtvertretung der Stadt Burg Stargard nachfolgender Beschluss gefasst:

1. Die Stadtvertretung der Stadt Burg Stargard beschließt den Planentwurf des Bebauungsplanes Nr. 26 „Solarpark Bargensdorf“ der Stadt Burg Stargard. Der Entwurf der Begründung mit dem Umweltbericht, der FFH Vorprüfung, dem Artenschutzfachbeitrag und der Planzeichnung wird in der vorliegenden Fassung gebilligt.

2. Der Planentwurf des Bebauungsplanes Nr. 26 „Solarpark Bargensdorf“ der Stadt Burg Stargard mit der Begründung, dem Umweltbericht, der FFH Vorprüfung, dem Artenschutzfachbeitrag und der Planzeichnung sowie den wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen sind nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen und die betroffenen Träger öffentlicher Belange von der Auslegung zu benachrichtigen. Ort und Dauer der Auslegung sowie Angaben dazu, welche Arten umweltbezogener Informationen verfügbar sind, sind ortsüblich bekannt zu machen, ebenso im Bekanntmachungsblatt „Stargarder Zeitung“ und im Internet.

3. Gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sind die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabenbereich durch die Planung berührt werden kann, zu dem Planentwurf mit der Begründung, dem Umweltbericht, der FFH Vorprüfung, dem Artenschutzfachbeitrag sowie der Planzeichnung einzuholen.

4. Gemäß § 4b BauGB wird die Mitteilung des Abwägungsergebnisses sowie die Durchführung der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zum Entwurf dem Planungsbüro stadtbau.architekten^{nb} übertragen. Die Verwaltung wird beauftragt eine entsprechende Bescheinigung zu erteilen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
15	0	0

9.6 Bebauungsplan Nr. 24 "Alte Gärtnerei" der Stadt Burg Stargard - Abwägung erneuter Entwurf

00SV/22/030

Herr Schmerse erklärt seine Nichtzustimmung, da noch immer nicht die Regenwasserproblematik geklärt sei.

Herr Rösler fragt, ob die Stadt mit dem Verkauf der Grundstücke Gewinne mache. Herr Lorenz antwortet, das dem so sei, da der Ankauf günstig gewesen und man somit mit Plus verkaufen könne und ggf. den geplanten Spielplatz damit finanzieren könne.

Herr Michalek bittet darauf zu achten, dass zu Preisen nach aktueller Marktlage verkauft werde.

Frau Sievert fragt nach, ob die Erschließung der Grundstücke vor allem hinsichtlich der Internetverbindung dem aktuellen Standard entspricht. Herr Lorenz antwortet, dass die Verwaltung dazu eine Antwort nachreiche. Die Grundstücke seien jedoch baurechtlich erschlossen. Falls noch eine Erschließung

mit Internet nötig sei, dann ginge das direkt über einen Vertrag zw. Anbieter und Eigentümer.

Beschluss:

Die Stadtvertretung der Stadt Burg Stargard beschließt die in der Anlage beigefügte Abwägungsdokumentation des erneuten Entwurfs für den Bebauungsplan Nr. 24 „Alte Gärtnerei“ der Stadt Burg Stargard.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
10	5	0

9.7 Bebauungsplan Nr. 24 "Alte Gärtnerei" - Satzungsbeschluss

00SV/22/031

Beschluss:

Auf der Grundlage des Abwägungsbeschlusses vom 01.06.2022 der Stadtvertretung Burg Stargard und aufgrund des § 13a des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung BauNVO) vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), der Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung 1990 – PlanzV 90) vom 18. Dez. 1990 (BGBl. I S. 58) - alle in der derzeit gültigen Fassung, beschließt die Stadtvertretung Burg Stargard den

Bebauungsplan Nr. 24 „Alte Gärtnerei“, der Stadt Burg Stargard,

bestehend aus der Planzeichnung Teil A, dem Textteil B und den örtlichen Bauvorschriften als Satzung. Die Begründung wird gebilligt.

Der Bürgermeister wird beauftragt, die Bürger sowie die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die Bedenken und Anregungen erhoben haben, von dem Abwägungsergebnis unter Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen. Gleichzeitig wird der Bürgermeister beauftragt, den B-Plan Nr. 24 „Alte Gärtnerei“ mit der Begründung bekannt zu geben.

Die Bekanntmachung ist ortsüblich nach den gesetzlichen Vorschriften und nach der Hauptsatzung der Stadt Burg Stargard bekannt zu machen; dabei ist anzugeben, wo der Plan während der Dienststunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft erlangt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
10	5	0

9.8 Ladesäulen für E-Autos in Burg Stargard gefördert ermöglichen!

00SV/21/047

Herr Rösler stellt den Antrag der AfD-Fraktion vor und klärt über die Historie des Antrages auf und warum dieser auf der Tagesordnung dieser Stadtvertreter steht. Er stellt fest, dass die Stadtvertreter Ladesäulen im Stadtgebiet unterstützen. Er möchte den Wortlaut des Antrages folgendermaßen ändern:

Von „Die Stadtvertretung beauftragt den Bürgermeister beim Bundesförderprogramm "Ladeinfrastruktur vor Ort" die Förderung von 4 Ladepunkten zu beantragen“

In „Die Stadtvertretung spricht sich für die Errichtung von vier Ladepunkten, an zwei Ladesäulen aus. Der Bürgermeister wird beauftragt, bei Unternehmen vor Ort, wie Tankstelle, Lidl und Aldi, für die Errichtung von öffentlichen Ladesäulen zu werben und diese dabei zu unterstützen, auch mit möglichen Fördermitteln. Der Bürgermeister wird beauftragt, konkret vorzulegen, was die Errichtung von Ladesäulen im öffentlichen Raum, an welchen Standorten, konkret kostet und wie gefördert wird.“

Beschluss:

Die Stadtvertretung beauftragt den Bürgermeister beim Bundesförderprogramm "Ladeinfrastruktur vor Ort" die Förderung von 4 Ladepunkten zu beantragen. Die Stadtvertretung spricht sich für die Errichtung von vier Ladepunkten, an zwei Ladesäulen aus. Der Bürgermeister wird beauftragt, bei Unternehmen vor Ort, wie Tankstelle, Lidl und Aldi, für die Errichtung von öffentlichen Ladesäulen zu werben und diese dabei zu unterstützen, auch mit möglichen Fördermitteln. Der Bürgermeister wird beauftragt, konkret vorzulegen, was die Errichtung von Ladesäulen im öffentlichen Raum, an welchen Standorten, konkret kostet und wie gefördert wird.

Abstimmungsergebnis geänderter Antrag:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
3	12	0

9.9 Änderung der Geschäftsordnung: Mitsprache der

00SV/22/044

Stadtvertretervorsteherstellvertreter bei der Erstellung der Tagesordnung der Stadtvertretersitzungen

Herr Rösler erläutert den Antrag der AfD-Fraktion. Er weist darauf hin, dass es in anderen Gemeinden ein Präsidium in der Stadtvertretung gibt, welches bei der Planung der Stadtvertretersitzung mitwirkt. Er möchte mit dem Antrag wiederholte Probleme (Vergessen von Anträgen) bei der Erstellung der Tagesordnung entgegenwirken.

Es wird über den Antrag diskutiert.

Beschluss:

Die Geschäftsordnung wird wie folgt geändert:

Der §1 „Sitzungen der Stadtvertretung“ wird im Abs. 1 „Die Stadtvertretung wird vom Vorsitzenden einberufen, sooft es die Geschäftslage erfordert, mindestens einmal im Vierteljahr.“ ergänzt um: „Die mit der Einladung versendete Tagesordnung der Stadtvertretung wird mit den stellvertretenden Stadtvertretervorstehern abgestimmt.“

Der §23 „Inkrafttreten“ wird ergänzt um „und am ... geändert“.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
5	10	0

9.1 Errichtung von E-Ladesäulen am Markt sowie auf der Burganlage

00SV/22/026

Herr Gohrs erläutert den Antrag der CDU-Fraktion und bittet um Zustimmung.

Herr Schmerse fragt, wer die Ladesäulen betreiben solle.

Herr Gohrs antwortet, dass dies nicht Teil der Beschlussvorlage sei. Auch zu den Standorten könne noch diskutiert werden.

Herr Michalek merkt an, dass der Antrag der CDU gleichlautend mit dem der AfD wäre. Er wolle beiden nicht zustimmen.

Frau Sievert bemängelt, dass der Antrag nicht klar genug formuliert sei.

Herr Lips fragt nach der Empfehlung aus den Ausschüssen.

Herr Mietzner antwortet, dass dieser dort diskutiert wurde und schließlich zurückgezogen worden sei.

Herr Rösler kritisiert den Antrag der CDU-Fraktion und stellt einen Änderungsantrag der AfD-Fraktion vor.

Abstimmung Änderungsantrag der AfD-Fraktion:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
3	12	0

Beschluss:

Die Stadtvertretung Burg Stargard beschließt, am Marktplatz sowie auf dem Parkplatz der Burganlage E-Ladesäulen errichten zu lassen. Der Bürgermeister wird beauftragt, die dafür notwendigen Schritte zur Gewinnung von Fördermitteln, zur Auswahl eines Anbieters und zur Installation von Ladesäulen einzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
8	7	0

9.1 Mensabau prüfen!

00SV/22/041

1

Herr Rösler liest den Antrag der AfD-Fraktion vor. Er möchte, dass die Fragen im Antrag vom Bürgermeister beantwortet werden. Er plädiert für eine Konzentration auf wichtige Dinge, wie dem Hortneubau.

Herr Menzel rät davon ab, dass Panik verbreitet wird. Die steigenden Baukosten seien Realität und man müsse damit leben. Einige Anfragen aus dem Beschlusstext könnten von der Verwaltung nicht beantwortet werden, da Angaben dazu noch gar nicht vorlägen.

Herr Rösler verweist auf seine Kontrollfunktion für die Stadtverwaltung als Stadtvertreter.

Herr Michalek stimmt zu, dass die Rahmenbedingungen sich geändert hätten. Allerdings sei beim Hortneubau noch nichts klar. Die Planungen für die Mensa seien bereits vorangeschritten, Fördermittel akquiriert. Das solle man nutzen.

Frau Sievert will mit dem Mensaneubau noch warten. Sie fragt, ob es auch Fördermittel gebe, wenn die Planung geändert würde.

Herr Lorenz verneint dies.

Herr Lorenz plädiert für ein weiteres schnelles Vorgehen bei dem geplanten Mensaneubau. Der Bedarf an Räumlichkeiten an beiden Schulen sei jetzt und auch zukünftig vorhanden. Es habe zu dem Thema bereits Ausschüsse und weitere Diskussionen in Gremien gegeben.

Herr Schmerse weist auf die neuen Rahmenbedingungen durch den geplanten Hortneubau hin. Er würde gern eine neue Entscheidung treffen.

Herr Weber fragt, ob der Träger Interesse an der Essensversorgung im gleichen Haus hätte oder ob es für ihn eher eine Unterstützung wäre, wenn die Mensa getrennt gebaut würde. Er plädiert dafür keine Fördermittel verfallen zu lassen.

Die Kosten würden sich in der Zukunft ebenfalls erhöhen.

Frau Sievert merkt an, dass in den meisten Standorten die Essensversorgung mit der Hortbetreuung zusammen erfolgt und die Interessen sich da decken.

Herr Philipp kritisiert den Beschlusstext des Antrages. Es seien eher Fragen an die Verwaltung und kein Antragstext. Die Fragen seien teilweise noch gar nicht zu beantworten.

Herr Michalek sieht einen Gewinn darin, dass der Hort und die Mensa gebaut würden. Er wolle für die Kinder gute Bedingungen schaffen.

Frau Sievert sieht den Mensabau als Luxus an. Andere Bauprojekt wären wichtiger. Sie kritisiert ebenfalls die Form der Antragsstellung.

Herr Rösler möchte, dass die Fragen in dem Antrag beantwortet werden. Er zieht den Antrag zurück und beantragt den Antrag nochmal in der nächsten Ausschusssrunde im Stadtentwicklungsausschuss und Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Soziales zu behandeln.

Beschluss:

Die Stadtvertretung stellt fest und beschließt:

1. Der jahrelang geforderte und notwendige Hortneubau hat sich kurzfristig ergeben und somit werden große Raumkapazitäten in der Regionalen Schule frei. Dadurch ergibt sich eine neue Situation.

2. Der zur Lösung des Raumproblems angedachte Bau einer Mensa zur Speiseversorgung ist unter folgenden Gesichtspunkten und Fragen zu prüfen:

- Wie viele Räumlichkeiten werden bei Auszug des Horts aus der Schule dort frei und wie viele da- von werden für die Speiseversorgung gebraucht und was geschieht mit den restlichen Freiräumen?

- Wie entwickeln sich bzw. explodieren gerade die Baukosten und die zukünftigen Betriebs- und Heizkosten - auch von Gebäuden, die sehr wenige Stunden am Tag genutzt werden?

- Kann mit den geplanten und dann eingesparten Eigenmitteln für die Mensa endlich das Dach der Schule repariert werden?

- Wie viel Platz braucht der neue Hort im Außenbereich und ist dieser vorhanden, oder auf dem Schulhof, welcher zusätzlich durch eine Mensa verkleinert wird?

- Bei explodierenden Baupreisen und Energiekosten, wie viele Eigenmittel und Projekte kann sich Burg Stargard zukünftig noch leisten, da Turnhallenaußenhautsanierung, Rathausneubau, Schuldachsanieung, Wohnungssanierungen in unserer Wohnungsgesellschaft, Burgverfall usw. anstehen und diese sich nicht als Luftschlösser erweisen, die wieder enorme Planungskosten verursacht haben?

- Falls die Baupreisexplosion anhält, könnte es sein, dass die Stadt dem Träger beim Hortneubau unter die Arme greifen muss und woher dann Geld kommt, um letztendlich die Priorität Hortneubau, auch als Problemlöser, schnellstmöglich zu gewährleisten?

3. Der Bürgermeister wird beauftragt, schnellstmöglich detaillierte Zahlen zu allen anstehenden Bau- und Sanierungsprojekten vorzulegen, inkl. der zeitlichen Einordnung der Ausgaben anhand eines Diagramms.

Abstimmungsergebnis:

Antrag zurückgezogen

9.1 Stadtgestaltung: Missbilligung von Handlungsweisen, 2 Prioritätensetzung, Laufband wo es notwendig ist und Einbeziehung der Stadtvertreter

00SV/22/042

Herr Rösler liest den Antrag der AfD-Fraktion vor und erklärt diesen.

Herr Philipp kritisiert die Form der Antragsstellung. Ein Roter Faden würde fehlen und eine Beschlussfassung zu einem Thema erschweren.

Es wird über den Antrag diskutiert.

Herr Michalek empfiehlt den Handlungsspielraum des Bürgermeisters zu erhöhen. 5.000 Euro als Grenze wären zu niedrig.

Beschluss:

Die Stadtvertretung stellt fest und beschließt:

1. Der Bürgermeister hat eigenmächtig und ohne Einbeziehung/Beschluss der Stadtvertretung die Marktplatzumgestaltung entschieden und eine Planung dafür in Auftrag gegeben. Damit verstößt er gegen geltendes Recht und die Hauptsatzung, da Projekte in dieser Größenordnung durch die Stadtvertretung beschlossen werden müssen. Dazugehörige Planungskosten sind nicht losgelöst zu betrachten.
2. Mit seinem Handeln verstößt der Bürgermeister gegen einen Beschluss der Stadtvertretung, mit dem eine Prioritätenliste nach Mittelverfügbarkeit festgelegt wurde.
3. Der Bürgermeister wird beauftragt, umgehend mit dem Fördermittelgeber über die Förderung einer Maßnahme in der Stadt zu verhandeln, die den Förderkriterien entspricht und auf der Prioritätenliste steht.
4. Die Stadtvertretung priorisiert dabei ein Laufband auf der Burgstraße zwischen der Eisenbahnbrücke bis zum Laufband des sanierten Stücks der Burgstraße. Damit erreiche alle Einwohner und Touristen die Burg einfacher zu Fuß. Bei der ab 2024 geplanten Sperrung der Marktstraße wird deren Umfahrung für die Anwohner in der Burgstraße erträglicher.
5. Das vom Bürgermeister angedachte Laufband über den Marktplatz macht zum fast parallel verlaufenden Bürgersteig wenig Sinn. Alternativ wird eine Umpflasterung mit leicht begehbaren Glattpflaster avisiert, wie es sich auf der Fläche des früheren Rathauses befindet.
6. Der Bürgermeister hat mit sofortiger Wirkung den Stadtvertretern alle angedachten baulichen Veränderungen ab 5.000 Euro umgehend elektronisch mitzuteilen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
2	13	0

9.1 Touristisches Flugblatt für Burg Stargard neugestalten! 3

00SV/22/043

Herr Rösler erläutert den Antrag der AfD-Fraktion. Er habe kein Vertrauen in die Verantwortlichen der Stadtvermarktung. Er wolle gern bei der Gestaltung mitgenommen werden.

Mehrere Stadtvertreter kritisieren, dass das Thema in Form einer Beschlussvorlage und in der Stadtvertretung behandelt wird. Herr Lorenz stellt fest, dass ein Anruf in der Verwaltung zu dem Thema genügt hätte. Es sei Aufgabe der Verwaltung und würde bereits erledigt.

Herr Rösler fragt, wieviele alte Flyer noch im Umlauf seien. Frau Franke stellt klar, dass seitens der Verwaltung seit Langem keine Flyer ausgegeben würden und wenn, dann nur auf Anfrage und mit dem Hinweis, dass der Tierpark nicht mehr existiert. Eine neue Version des Flyers sei bereits in Arbeit.

Frau Sievert möchte auch eine digitale Version des Flyers umgesetzt haben.

Herr Rösler bittet sich vermehrt mit dem Thema Tourismus und Vermarktung zu beschäftigen, evtl. im Ausschuss.

Herr Rösler zieht den Antrag zurück.

Beschluss:

Die Stadtvertretung stellt fest und beschließt:

1. Ein sieben Jahre altes Flugblatt, welches den gleich nach der letzten Bürgermeisterwahl geschlossenen Tierpark bewirbt und ein unsaniertes Marie-Hager-Haus abbildet, ist kein gutes Aushängeschild, verärgert Besucher und zeugt nicht vom Willen oder Vermögen einer touristischen Entwicklung/Vermarktung.
2. Der Bürgermeister wird beauftragt, das alte Flugblatt umgehend aus dem Verkehr zu ziehen, wenn es nicht das einzige ist, womit z. B. nur in der Touristinfo Neubrandenburg für Burg Stargard geworben wird.
3. Der Bürgermeister wird beauftragt, umgehend ein neues Flugblatt erstellen zu lassen und nach Fürsprache im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Soziales dieses in Umlauf bringen zu lassen.

Abstimmungsergebnis:

Antrag zurückgezogen.

9.1 Hortneubau mit Priorität behandeln und voranbringen

00SV/22/037

4

Frau Sievert stellt den Antrag der Fraktion Stargard 2030 vor. Sie wolle damit vor allem ein Signal an die Bürger senden.

Herr Groneberg erkennt keinen Mehrwert in dem Antrag, da die Verwaltung keine weiteren Schritte als die bereits getätigten unternehmen könne, da es ein Projekt des Trägers sei.

Frau Sievert bekräftigt, dass es als Signal an die Bürger der Stadt zu verstehen sei.

Es wird über den Antrag diskutiert.

Frau Sievert zieht den Antrag zurück.

Beschluss:

Die Stadtvertretung Burg Stargard stimmt, der Empfehlung aus dem WKS folgend, dem Neubau eines Hortgebäudes auf der Freifläche vor der Turnhalle zu und beauftragt den Bürgermeister, prioritär alle notwendigen Schritte zur Umsetzung des Vorhabens einzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

Antrag zurückgezogen.

10 Sonstige Anfragen oder Informationen

Herr Rösler bemerkt, dass die öffentlich einsehbare Lesefassung für die Hauptsatzung nicht die letzten Aktualisierungen enthalte.

Herr Rösler kritisiert, dass keine Beratung und kein Beschluss zur Erneuerung der Heizungsanlage auf der Burg stattgefunden habe. Er sieht darin einen Rechtsverstoß, da es auch keine Haushaltsposition dazu gab. Er beantragt eine rechtliche Überprüfung der Angelegenheit von Seiten der Verwaltung.

Herr Rösler spricht auf die finanzielle Situation der Stadt an und die in diesem Zusammenhang erteilte Konsolidierungshilfe von 1,09 Mio Euro. Er liest dazu Zahlen aus dem kreislichen Haushalt vor. Er wünscht sich mehr Verständnis bzw. Wissen zu den Zahlen zu haben.

Herr Michalek fragt nach, wie die Ausgaben für die Stadt beim Tourismusverband zu Stande kommen. Im Verhältnis zu Neubrandenburg seien diese zu hoch.

Herr Lorenz sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Rösler möchte, dass die Berichte vom Tourismusverband zukünftig veröffentlicht werden, sowie eine Vorstellung dieser im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Soziales.

Herr Rösler bemerkt, dass die Pumpe an der S-Kurve vernachlässigt sei.

Herr Lorenz antwortet, dass diese im Rahmen der Straßenarbeiten überholt werden solle.

Vorsitz:

Thomas Kasan

Schriftführung:

Janett Segeth